

HOHENLOHER TAGBLATT

UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEN BEZIRK CRAILSHEIM



LOKALES HEUTE

Martin Zorzi vom Umweltzentrum im Interview Seite 13

Unternehmer will Bürgermeister werden Seite 14

Blickpunkt Familie

Muttertag: Ein Geschenk ist nicht verkehrt Seite 45

Roman Fernsehen Seite 17
Seite 60

HT-WETTER bis 17°

Petrus hat heuer wirklich kein Timing. Gerade war der Freitag hoffnungsvoll gestartet, schon fällt er uns zum Wochenende wieder in den Rücken. Heute ist es zwar noch länger ganz gut, nachmittags und abends gibt es aber teils kräftige Schauer und gar vereinzelte Gewitter bei zuvor noch 14 bis 17 Grad. Nach einer kühlen Mainacht wird der Sonntag wechselnd bewölkt, zum Abend hin gibt's noch mal Schauer bei elf bis 14 Grad. **ane**

CRAILSHEIM

An der Spitze des evangelischen Kirchenbezirks Crailsheim mit 30 Gemeinden und 27 Pfarrstellen steht künftig die Theologin Friederike Wagner (56): Sie löst den bisherigen Dekan Dr. Winfried Dalferth in diesem Amt ab. **ht**
Mehr zum Thema auf Seite 16



Neue Dekanin in Crailsheim: Friederike Wagner. Foto: Landeskirche

SERVICE

Abo-Service (07951) 409-423
vertrieb.ht@swp.de
Privatanzeigen (07951) 409-112
info.ht@swp.de
Geschäftsanzeigen (07951) 409-231
anzeigen.ht@swp.de
Redaktion (07951) 409-321
redaktion.ht@swp.de
Karten-Service (07951) 409-112
www.hohenloher-tagblatt.de
74552 Crailsheim, Postfach 1254
E 3825
Nummer 100 / 2016



Crailsheim hat ein neues Krankenhaus

Bei der gestrigen Einweihung des neuen Kreisklinikums in Crailsheim haben Hunderte Ehrengäste bei Rundgängen das Haus besichtigt. Ärztliche Direktorin Dr. Martina Mittag-Bonsch (rechts) erklärte in einem der vier Operationssäle, wie moderne Technik und digitale Vernetzung die Arbeit der Ärzte demnächst erleichtern wird. **hof / Foto: Hartmut Volk**

Mehr zum Thema auf den Seiten 9 und 10



Durchbruch im Land

Grün-Schwarz einig über Inhalte – Windkraft und Polizisten

Grüne und CDU im Land haben sich auf gemeinsame Koalitionsziele geeinigt. Geld fließt in die Digitalisierung, gespart wird bei Beamten und Kommunen.

ROLAND MUSCHEL

Stuttgart. Grüne und CDU haben sich auf die Inhalte einer gemeinsamen Landesregierung verständigt. Nach Informationen der SÜDWEST PRESSE verzichtet die geplante Koalition auf Vorgaben, die den Windkraftausbau bremsen könnten. Die Grünen setzen auch durch, dass es keine Wahlfreiheit der Gymnasien zwischen acht- und neunjährigem Weg zum Abitur gibt. Die G9-Modellversuche werden aber fortgesetzt. Die Absprache, dass neue Gemeinschaftsschulen samt einiger Oberstufen genehmigt werden können, bleibt bestehen. Dafür erhalten

Realschulen mehr Poolstunden. Die CDU schreibt sich die Schaffung von 1500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei bis 2021 zugute, zudem werden technische Ausstattung und Aufstiegschancen verbessert. Im Endausbau werden so rund 100 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Polizei investiert.

Die CDU erreichte zudem, dass die Möglichkeit zeitlich und örtlich begrenzter Alkoholkonsumverbote geschaffen wird. Die CDU muss aber auf die Einführung eines Landesfamiliengeldes verzichten. Dafür kommt auf ihren Wunsch ein Kinderbildungsspass, der den Besuch des letzten Kindergartenjahres verbilligt.

Offiziell stellen der grüne Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein designierter Vize-Regierungschef, CDU-Landeschef Thomas Strobl, den Koalitionsvertrag am Montag vor. Übers Wochenende

müssen sie noch die heikle Frage der Ressortverteilung und letzte Finanzfragen klären. Jährlich soll ein dreistelliger Millionenbetrag in die Digitalisierung fließen, bis 2021 zudem insgesamt 500 Millionen in Straßen, Schienenbau, Hochbau und Hochschulen. Der Kostendeckel für Stuttgart 21 bleibt.

Um Spielraum zu schaffen, müssen die künftigen Koalitionspartner an anderer Stelle sparen. Im Visier stehen die Beamten, die mit einer einprozentigen Deckelung bei der Übertragung von Tariferhöhungen rechnen müssen, und die Kommunen. Über den Koalitionsvertrag müssen noch Parteitage der CDU am 6. Mai und der Grünen am 7. Mai abstimmen. Die Mitglieder des grün-schwarzen Kabinetts werden wohl erst danach bekanntgegeben. Die Wahl der Regierung durch den Landtag ist für den 12. Mai geplant.

Kommentar und Brennpunkt

Union: Moscheen kontrollieren

Berlin. Unmittelbar vor dem Parteitag der islamkritischen AfD hat die Union eine stärkere Überwachung extremistischer Aktivitäten in deutschen Moscheen verlangt. „Der Staat ist hier gefordert. Er muss das kontrollieren“, sagte Unionsfraktionschef Volker Kauder der „Berliner Zeitung“. Er fügte hinzu: „Wir müssen darüber reden, dass in einigen Moscheen Predigten gehalten werden, die mit unserem Staatsverständnis nicht im Einklang stehen.“

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) wies darauf hin, dass es Moscheen gebe, „die bereits jetzt von den Verfassungsschutzbehörden überwacht werden, ob dort Hasspredigten stattfinden oder nicht“. Der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte: „Wir wollen die Religionsfreiheit, dass das klar ist – aber nicht den Missbrauch.“ Er halte Kauders Vorstoß für sinnvoll. Seehofer fügte hinzu, er sei für deutschsprachige Predigten in islamischen Gotteshäusern. **dpa**

Einigung im öffentlichen Dienst

Angestellte erhalten in zwei Jahren fünf Prozent mehr Geld

Potsdam. Die mehr als zwei Millionen Angestellten des Bundes und der Kommunen sollen rückwirkend ab März mehr Geld bekommen. Die Tarifparteien verständigten sich am Freitagabend in Potsdam auf einen Kompromiss, der zunächst 2,4 Prozent mehr Lohn und ab 1. März 2017 weitere 2,35 Prozent mehr

Geld vorsieht. Als Knackpunkt galt noch ein Zusatzbeitrag zu den Betriebsrenten, um die geringeren Zinserträge auszugleichen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen jeweils 0,2 Prozent mehr ein. Dem Ergebnis stimmten am Abend auch die Tarifkommissionen von Verdi und Beamtenbund zu. **afp**

IG Metall beginnt Warnstreiks

In erster Runde 400 Unternehmen betroffen

Stuttgart. Mit einer ersten großen Warnstreikwelle hat die IG Metall auf die bislang ergebnislosen Tarifverhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie reagiert. Etwa 110 000 Beschäftigte in rund 400 Betrieben ließen nach Gewerkschaftsangaben kurzfristig die Arbeit ruhen. In Baden-Württemberg und

Bayern war vor allem die Autoindustrie betroffen. Die Tagesstreiks sind ein neues Mittel des Arbeitskampfes, das sich die IG Metall im vergangenen Jahr neu in die Satzung geschrieben hat. Danach kann der Vorstand ohne vorherige Urabstimmung für einzelne Betriebe 24-Stunden-Streiks beschließen. **dpa**

KOMMENTAR • LANDESREGIERUNG

Wille zur Zusammenarbeit

Grüne und CDU, bisher die Antipoden der Landespolitik, haben sich zusammengerauft. Entscheidend dafür war zweierlei. Erstens der Erfolgswille des grünen Regierungschefs Winfried Kretschmann und seines designierten CDU-Stellvertreters Thomas Strobl. Zweitens die Angst vor der Alternative. Nutznießer von Neuwahlen wäre die AfD. Dass Kretschmann und Strobl gut miteinander können, dürfte der geplanten Regierung auch in Zukunft über manche Klippe hinweghelfen. Zunächst aber müssen die Protagonisten von Grün-Schwarz ihrer jeweiligen Basis vermitteln, dass der Vertrag größtenteils ihre Handschrift trägt. Strobl hat dabei die schwierigere Aufgabe, da Teile seiner Partei noch immer gewaltig mit der Wahlnie-

derlage und der Juniorrolle hadern. Erschwerend kommt hinzu, dass die Kassenlage nicht zur Stimmungsaufhellung beiträgt. Teure Wahlversprechen können wohl nur auf Kosten und gegen den Widerstand von Beamten und Kommunen finanziert werden, andere gar nicht. Das macht den Start nicht einfacher.

Das Vertragswerk selbst erscheint relativ ausgeglichen, mit Vorteilen der Grünen bei Bildung und Umwelt, aber auch mit Geländegewinnen der CDU bei innerer Sicherheit und der Familienpolitik. Am Ende indes zählen nicht niedergeschriebene Absichten, sondern die konkrete Umsetzung mühsam erzielter Kompromisse. Der Anfang aber ist gemacht, das Experiment kann beginnen.

ROLAND MUSCHEL